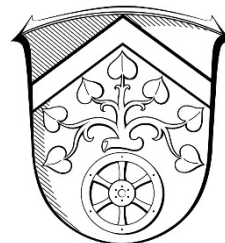


# Niederschrift zur 33. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark



**Sitzungstermin:** Dienstag, 04.11.2025  
**Sitzungsdauer:** 19:30 Uhr - 21:40 Uhr  
**Raum, Ort:** Kulturhalle, Dieburger Straße 27, 63322 Rödermark

## Anwesenheitsliste

### Anwesend

Name	Funktion	Bemerkung
Jörg Rotter	Bürgermeister	
Andrea Schülner	Erste Stadträtin	
Anna-Monika Gierszewski	Magistrat in Stavo	
Elke Heidelberg	Magistrat in Stavo	
Manfred Rädlein	Magistrat in Stavo	
Mona Reusch	Magistrat in Stavo	
Herbert Schneider	Magistrat in Stavo	
Karin von der Lühe	Magistrat in Stavo	
Sven Sulzmann	Stadtverordnetenvorsteher	
Leon Ayahs	Stadtverordnete/r	
Björn Beicken	Stadtverordnete/r	
Brigitte Beldermann	Stadtverordnete/r	
Jenny Bender	Stadtverordnete/r	
Florian Brehm	Stadtverordnete/r	
Martina Brehm	Stadtverordnete/r	
Isabelle Brühne	Stadtverordnete/r	
Reimund Butz	Stadtverordnete/r	
Jutta Catta	Stadtverordnete/r	
Patricia Diallo	Stadtverordnete/r	
Michael Gensert	Stadtverordnete/r	
Stefan Gerl	Stadtverordnete/r	
Thomas Graf	Stadtverordnete/r	
Lars Hagenlocher	Stadtverordnete/r	
Sandra Jäger	Stadtverordnete/r	
Hidir Karademir	Stadtverordnete/r	
Tobias Kruger	Stadtverordnete/r	
Katja Kümmel	Stadtverordnete/r	
Christiane Lotz	Stadtverordnete/r	
Mahfooz Malik	Stadtverordnete/r	
Erna Paulson	Stadtverordnete/r	
Anke Rüger	Stadtverordnete/r	
Stefan Scheffter	Stadtverordnete/r	

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Bemerkung</b>
Dietmar Schrod	Stadtverordnete/r	ab 19:50 Uhr, TOP 8
Peter Schröder	Stadtverordnete/r	
Michael Spieß	Stadtverordnete/r	
Jana Tüncher	Stadtverordnete/r	
Adrienne Wehner	Stadtverordnete/r	
Dr. Rüdiger Werner	Stadtverordnete/r	
Zahide Demiral	Vertretung ABR	

### **Abwesend**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Bemerkung</b>
Hans Gensert	Magistrat in Stavo	entschuldigt
Werner Popp	Magistrat in Stavo	entschuldigt
Michael Uhe-Wilhelm	Magistrat in Stavo	entschuldigt
Nina Daum	Stadtverordnete/r	entschuldigt
Sebastian Donners	Stadtverordnete/r	entschuldigt
Marcel Gotta	Stadtverordnete/r	entschuldigt
Jan Grünberg	Stadtverordnete/r	entschuldigt
Gülbahar Karademir-Altun	Stadtverordnete/r	entschuldigt
Jochen Roos	Stadtverordnete/r	entschuldigt
Thomas Rosenblatt	Stadtverordnete/r	entschuldigt
Gerhard Schickel	Stadtverordnete/r	entschuldigt
Aaron von Soosten-Höllings	Stadtverordnete/r	entschuldigt
Dieter Goldner	Vertretung SBR	entschuldigt

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>	<b>Vorlage</b>
1	Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung	
2	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers	
3	Mitteilungen des Magistrats	
4	Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung	
4.1	Stationärer Blitzer – Standortwahl, Transparenz und Kosten-Nutzen-Bewertung	<b>DS/315/25</b>
5	249. Vergleichende Prüfung "IT-Sicherheit III" nach dem ÜPKKG hier: Vorlage des Schlussberichts und Umsetzung	<b>DS/286/25</b>
6	Jahresabschluss 2024	<b>DS/280/25</b>
7	Satzung zur Auflösung des Eigenbetriebs „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark und zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark hier: Satzungsbeschluss zur Rückführung des Eigenbetriebs	<b>DS/302/25</b>
8	Vorhabenbezogener Bebauungsplan/ Vorhaben- und Erschließungsplan „Sondergebiet Kapellenstraße“; Antrag des Vorhabenträgers	<b>DS/300/25</b>
9	Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach -Fortführung der Planung-	<b>DS/246/25</b>
9.1	Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach – Fortführung der Planung –	<b>DS/283/25</b>
9.2 (Nachtrag)	Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach -Fortführung der Planung-	<b>DS/334/25</b>
9.3 (Nachtrag)	Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach – Fortführung der Planung –	<b>DS/346/25</b>
10	Antrag der FDP-Fraktion: Neufassung: Planungen zur Verschönerung des Parks an der Rilkestraße - Zukünftig mehr Kostenkontrolle!	<b>DS/185/25</b>

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>	<b>Vorlage</b>
11	Antrag der Fraktionen CDU und AL/Die Grünen: Zuschuss Musikschule	<b>DS/299/25</b>
11.1 (Nachtrag)	Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Zuschuss Musikschule – Neuaufstellung statt städtischem Blankoscheck	<b>DS/347/25</b>
12	Differenzen der Einwohnerzahl zwischen. Zensus und amtlicher Erfassung	<b>DS/316/25</b>
13	Antrag der FDP-Fraktion: Änderung der Satzung zur Erhebung der Spielapparatesteuer in der Stadt Rödermark	<b>DS/318/25</b>
13.1 (Nachtrag)	Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Spielapparatesteuer	<b>DS/351/25</b>
14	Antrag der FDP-Fraktion: Regelmäßiger Bericht zur Haushaltskonsolidierung und zum Controlling	<b>DS/319/25</b>
15	Antrag der FDP-Fraktion: Notbremse bei der Kreisumlage	<b>DS/320/25</b>

## **Niederschrift**

### **Öffentlicher Teil**

---

#### **Zu 1. Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadtverordneten. Herr Sulzmann stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der Sitzung fest.

Zu Beginn der Sitzung sind 28 von 39 Stadtverordneten anwesend, Herr Sulzmann stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Im Ältestenrat wurden folgende Empfehlungen ausgesprochen:

Die Tagesordnungspunkte (TOP) 5 und 6 werden ohne Aussprache abgestimmt.

Die Tagesordnungspunkte 9, 9.2 und 9.3 werden gemeinsam aufgerufen. TOP 9.1 wird durch 9.3 ersetzt.

Die Tagesordnungspunkte 13 und 15 werden in die nächste Sitzungsrunde geschoben.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest, dass es keine Einwände gegen die Niederschrift der Sitzung am 23.09.2025 gab. Sie ist somit genehmigt.

Den Tagesordnungspunkt abschließend gratuliert Herr Sulzmann den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die seit dem Stattfinden der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Geburtstag hatten, nachträglich im Namen des gesamten Hauses.

---

#### **Zu 2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**

Der Stadtverordnetenvorsteher hat keine Mitteilungen zu machen.

---

#### **Zu 3. Mitteilungen des Magistrats**

Es liegen keine Mitteilungen des Magistrats vor.

---

#### **Zu 4. Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung**

Es liegt eine Anfrage der Fraktion der FWR vor. Diese wird im Folgenden beantwortet.

---

**Zu 4.1. Stationärer Blitzler – Standortwahl, Transparenz und Kosten-Nutzen-Bewertung**  
**DS/315/25**

Frau Erste Stadträtin Schülner beantwortet mündlich die Anfrage der Fraktion der Freien Wähler sowie die darauffolgenden Nachfragen von Herrn Beicken.

---

**Zu 5. 249. Vergleichende Prüfung "IT-Sicherheit III" nach dem ÜPKKG**  
**hier: Vorlage des Schlussberichts und Umsetzung**  
**DS/286/25**

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft den TOP auf und lässt ohne Aussprache über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Herr Sulzmann stellt folgenden Beschluss fest:

- 1. Der nicht-öffentliche Schlussbericht des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs / Überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die nicht-öffentliche Stellungnahme des Magistrats zu den Empfehlungen der Überörtlichen Prüfung im Schlussbericht wird zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmung**

Zustimmung: CDU (9), AL/Grüne (10), SPD (4), FWR (3), FDP (2)

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zur Kenntnis genommen**

---

**Zu 6. Jahresabschluss 2024**  
**DS/280/25**

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft den TOP auf und lässt ohne Aussprache über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Herr Sulzmann stellt folgenden Beschluss fest:

**Die Stadtverordnetenversammlung stellt den mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Revision des Kreises Offenbach vom 26. August 2025 versehenen Jahresabschluss 2024 gemäß § 114 HGO fest und entlastet somit den Magistrat für die Führung der Geschäfte.**

**Abstimmung**

Zustimmung: CDU (9), AL/Grüne (10), SPD (4), FWR (3), FDP (2)

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

---

**Zu 7. Satzung zur Auflösung des Eigenbetriebs „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark und zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark**  
**hier: Satzungsbeschluss zur Rückführung des Eigenbetriebs**  
**DS/302/25**

Herr Sulzmann übergibt nach Aufruf des TOP das Wort an Bürgermeister Rotter.  
Herr Rotter erläutert die Gründe für die Rückführung der Kommunalen Betriebe Rödermark in die Stadtverwaltung.

Sodann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Beschlussvorschlag abstimmen und stellt folgende Beschlussfassung fest:

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage zu dieser Drucksache beigefügte „Satzung zur Auflösung des Eigenbetriebs „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark und zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark“.**

**Abstimmung**

Zustimmung: CDU (9), AL/Grüne (10), SPD (4), FWR (3), FDP (2)

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

---

**Zu 8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan/ Vorhaben- und Erschließungsplan „Sondergebiet Kapellenstraße“; Antrag des Vorhabenträgers**  
**DS/300/25**

Herr Sulzmann ruft den TOP auf und erteilt dem Bürgermeister das Wort. Herr Rotter erläutert den Beschlussvorschlag. Im Anschluss folgen Redebeiträge aller Fraktionen.

Sodann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Beschlussvorschlag abstimmen und stellt folgende Beschlussfassung fest:

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch auf Antrag des Vorhabenträgers – REWE Markt GmbH/ Rosbach – das Verfahren zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans/ Vorhaben- und Erschließungsplans gemäß § 12 Baugesetzbuch einzuleiten.**

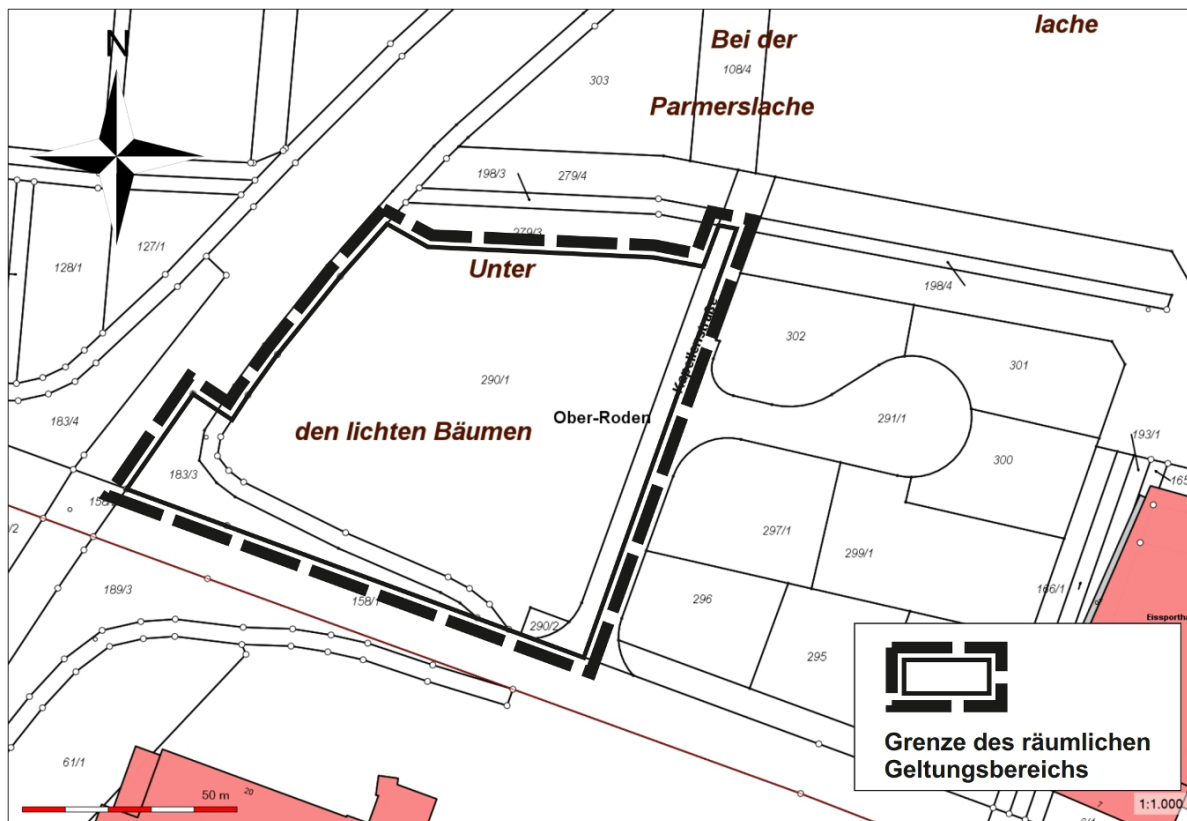
**Durch den Bebauungsplan, mit einem räumlichen Geltungsbereich von ca. 0,8 ha, sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines „sonstigen Sondergebiets“ mit der Zweckbestimmung „großflächiger Einzelhandel“ gemäß § 11 Baunutzungsverordnung geschaffen werden.**

**Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung A32.1 „Sondergebiet Kapellenstraße“.**

**Der Bebauungsplan A32.1 „Sondergebiet Kapellenstraße“ ersetzt innerhalb seines räumlichen Geltungsbereichs den Bebauungsplan A32 „Gewerbegebiet Kapellenstraße“ mit allen seinen Festsetzungen.**

**Der räumliche Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Ober-Roden, Flur 7, Flurstücke 183/3, 250/3 (tw.), 290/1, 290/2, 291/1 (tw.). Die genaue**

Abgrenzung kann der nachstehenden Abbildung entnommen werden.



Sollten sich im Zuge der nachfolgenden Planung Abweichungen von dem vorstehend genannten räumlichen Geltungsbereich als sinnvoll erweisen, so wird der Magistrat ermächtigt, der Stadtverordnetenversammlung einen geänderten räumlichen Geltungsbereich im Rahmen der Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorzulegen.

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekanntzumachen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch ist durchzuführen.

#### **Abstimmung**

Zustimmung: CDU (9), AL/Grüne (10), SPD (4), FWR (4), FDP (2)

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

---

#### **Zu 9. Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach -Fortführung der Planung- DS/246/25**

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die Tagesordnungspunkte 9, 9.1, 9.2 und 9.3 gemeinsam auf. Herr Kruger teilt mit, dass der neu eingereichte Änderungsantrag unter TOP 9.3 den TOP 9.1 ersetzt.

Nach Redebeiträgen aller Fraktionen lässt Stadtverordnetenvorsteher Sulzmann in dieser Reihenfolge über die aufgerufenen Tagesordnungspunkte abstimmen: TOP 9.3, TOP 9.2

und zuletzt über TOP 9.

Herr Sulzmann stellt die Beschlüsse wie folgt fest:

**Alternative 1:**

Die Planungen zur grundhaften Erneuerung und Umgestaltung der Rodastraße in Urberach werden auf unbestimmte Zeit verschoben, bis notwendige Haushaltsmittel in Höhe von ca. 7,2 Mio. € zur Verfügung gestellt können. Bis dahin sollen haftungsrechtlich notwendige Reparaturarbeiten des Straßenoberbaus in Kleinflächen durchgeführt werden.

**Alternative 2:**

Die weiteren Planungen und Baumaßnahmen zur grundhaften Erneuerung und Umgestaltung der Rodastraße in Urberach werden auf die Schaffung eines beidseitigen separierten Radfahrstreifens in der Rodastraße, die Umbauarbeiten auf dem Parkplatz am Mühlengrund und die grundhafte Straßenerneuerung von etwa 100 m ab der Ampelanlage Messenhäuser Straße beschränkt. Hierfür fallen Kosten von insgesamt etwa 866.000,- € an. Die grundhafte Erneuerung der restlichen Rodastraße wird verschoben, bis notwendige Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden können. Haftungsrechtlich notwendige Reparaturarbeiten des Straßenoberbaus sollen im Übrigen in Kleinflächen durchgeführt werden.

**Abstimmung**

Zustimmung: SPD (4)

Ablehnung: CDU (9), AL/Grüne (10), FWR (3), FDP (2)

Enthaltung: ./.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

---

**Zu 9.1. Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Bauvorhaben zur Sanierung der Rodastraße in Rödermark/Urberach**

**– Fortführung der Planung –**

**DS/283/25**

Herr Kruger erklärt, dass dieser Änderungsantrag durch TOP 9.3 ersetzt wird.

---

**Zu 9.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Bauvorhaben zur Sanierung der Rodastraße in Rödermark/Urberach**

**-Fortführung der Planung-**

**DS/334/25**

Dieser TOP wird gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 9 und 9.3 aufgerufen.

Nach der Aussprache lässt Herr Sulzmann über den Änderungsantrag abstimmen und stellt folgende Beschlussfassung fest:

**Die Planungen zur grundhaften Erneuerung und Umgestaltung der Rodastraße werden auf unbestimmte Zeit verschoben. Das Projekt wird eingestellt. Auch eine reduzierte Fortführung des Projektes findet vorerst nicht statt.**

### **Abstimmung**

Zustimmung: CDU (9), AL/Grüne (10)

Ablehnung: SPD (4), FWR (4), FDP (2)

Enthaltung: ./.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich geändert beschlossen**

---

### **Zu 9.3. Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach – Fortführung der Planung – DS/346/25**

Dieser TOP wird gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 9 und 9.2 aufgerufen.

Nach der Aussprache lässt Herr Sulzmann über den Änderungsantrag abstimmen und stellt folgende Beschlussfassung fest:

- 1. Die grundhafte Erneuerung der gesamten Rodaustraße wird auf unbestimmte Zeit verschoben. Haftungsrechtlich notwendige Reparaturarbeiten des Straßenoberbaus entlang der Rodaustraße sollen bei zwingendem Bedarf in Kleinflächen durchgeführt werden – speziell mit Blick auf die Sicherstellung beziehungsweise Wiederherstellung der allgemeinen Verkehrssicherheit.**
- 2. Die Maßnahmen zur zwingend nötigen baulichen Erhaltung der Rodaustraße in Urberach werden auf die günstigste mögliche Straßenoberflächenerneuerung (Infrastrukturerehalt) von etwa 100 m ab der Ampelanlage Ober-Rodener Straße in Richtung Mühlengrund sowie die Schaffung eines beidseitigen, rein farblich markierten (heißt: ohne bauliche Elemente), Radfahrangebotsstreifens in der Rodaustraße ausschließlich im Abschnitt zwischen Ober-Rodener Straße und Mühlengrund beschränkt.**
- 3. Von einer Weiterführung eines durchgehenden, beidseitigen Radfahrstreifens ab Mühlengrund bis zur Konrad-Adenauer-Straße wird dauerhaft abgesehen.**
- 4. Der Parkplatz am Mühlengrund wird nach Möglichkeit mit einem Parkplatzschild und dem ergänzenden Zusatzzeichen 1048-10 „nur Personenkraftwagen“ versehen.**

### **Abstimmung**

Zustimmung: SPD (4), FWR (4), FDP (2)

Ablehnung: CDU (9), AL/Grüne (10)

Enthaltung: ./.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

---

### **Zu 10. Antrag der FDP-Fraktion:**

**Neufassung: Planungen zur Verschönerung des Parks an der Rilkestraße - Zukünftig mehr Kostenkontrolle!**

**DS/185/25**

Der Antrag wird in die nächste Sitzungsrunde geschoben.

---

**Zu 11. Antrag der Fraktionen CDU und AL/Die Grünen: Zuschuss Musikschule  
DS/299/25**

Die Tagesordnungspunkte 11 und 11.1 werden vom Stadtverordnetenvorsteher gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Es folgend Redebeiträge aller Fraktionen.

Nach Ende der Aussprache lässt Herr Sulzmann zuerst über TOP 11.1 abstimmen, dann über TOP 11.

Nachdem über TOP 11.1 abgestimmt wurde, lässt Herr Sulzmann über TOP 11 abstimmen. Folgende Beschlussfassung wird festgestellt:

**Für die Musikschule werden im Haushalt 2026 Mittel in einem Umfang etatisiert, der den Vorgaben für 2025 entspricht.**

**Für einen Teil dieser Ausgaben wird ein Sperrvermerk vorgesehen, der vom Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben werden kann.**

**Die Aufhebung des Sperrvermerks durch den Haupt- und Finanzausschuss wird davon abhängig gemacht, dass die Musikschule ein Sanierungskonzept vorlegt.**

**Hierbei soll aufgezeigt werden, wie der Zuschussbedarf deutlich verringert werden kann.**

**In den Blick zu nehmen sind insbesondere bei diesem Konzept eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und den dortigen Musikschulen.**

**In den Blick zu nehmen sind auch die Geschäftsführungskosten.**

**Abstimmung**

Zustimmung: CDU (9), AL/Grüne (10), SPD (1)

Ablehnung: ./.

Enthaltung: FDP (2), FWR (3), SPD (3)

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen**

---

**Zu 11.1. Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Zuschuss Musikschule –  
Neuaufstellung statt städtischem Blankoscheck  
DS/347/25**

Dieser TOP wird gemeinsam mit TOP 11 aufgerufen. Nach der Aussprache lässt Herr Sulzmann über den Beschlussvorschlag abstimmen und stellt sodann die Ablehnung des Beschlussvorschlags fest:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass es für die Musikschule Rödermark ein „weiter so“, also einen durch die Stadt Rödermark ausgestellten „Blankoscheck“, nicht mehr geben kann und wird. Dies speziell vor dem Hintergrund der allgemeinen Haushaltssituation der Stadt Rödermark sowie auch mit vergleichendem Blick (Gleichbehandlung) auf die grundsätzliche städtische Vereinsförderung. Eine mittelfristige Überführung der Musikschule in die allgemeine Vereinsförderung der Stadt muss das Ziel sein.**

2. Für die Musikschule werden im Haushaltsplan 2026 der Stadt Rödermark letztmalig Finanzmittel in einem Umfang etatisiert, der den Zahlen des genehmigten städtischen Haushaltes 2025 entspricht.
3. Für einen Teil dieser Ausgaben wird für das Haushaltsjahr 2026 ein Sperrvermerk vorgesehen, der vom Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss (HFW) aufgehoben werden kann. Diese Aufhebung durch den HFW-Ausschuss im Jahr 2026 wird davon abhängig gemacht, dass die Musikschule rechtzeitig ein umfassendes und schlüssiges Sanierungskonzept mit Businessplan vorlegt.
4. Die Musikschule wird vor dem Hintergrund der finanziellen städtischen Zuschüsse für 2026 verpflichtet, dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss unaufgefordert quartalsweise einen ausführlichen Finanzstatusbericht (mitsamt aller Kostenstrukturen sowie Personalplanung und Aufgabenverteilung) vorzulegen. Dies erstmalig zum 31.01.2026 und dabei speziell mit Blick auf die vorgesehenen Maßnahmen der Musikschule zur Kostensenkung und der Einnahmenoptimierung.
5. Die Musikschule wird mit Blick auf den letztmaligen städtischen Zuschuss für 2026 aufgefordert, eine grundlegende und strukturelle Neuaufstellung nach wirtschaftlichen und kostendeckenden (d.h. ohne städtische Verlustabdeckung ab dem 01.01.2027) Kriterien vorzunehmen. Dabei sind unter anderem die nachstehend genannten Aspekte in Angriff zu nehmen und schrittweise umzusetzen:
  - a. Konzeption für eine engere Zusammenarbeit mit umliegenden Musikschulen
  - b. Optimierung der Geschäftsführungskosten beziehungsweise der Geschäftsführung
  - c. Kostendeckende Gebührenstruktur (gegebenenfalls in Varianten)
  - d. Kostenoptimierung durch neue Beschulungskonzepte

#### **Abstimmung**

Zustimmung: SPD (2), FDP (1)

Ablehnung: CDU (9), AL/Grüne (10), SPD (1), FWR (2)

Enthaltung: SPD (1), FWR (2), FDP (1)

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

---

#### **Zu 12. Differenzen der Einwohnerzahl zwischen Zensus und amtlicher Erfassung DS/316/25**

Für die antragstellende Fraktion gibt Herr Schröder eine kurze Stellungnahme ab und zieht den Antrag zurück.

---

#### **Zu 13. Antrag der FDP-Fraktion: Änderung der Satzung zur Erhebung der Spielapparatesteuer in der Stadt Rödermark DS/318/25**

Herr Sulzmann ruft diesen Tagesordnungspunkt gemeinsam mit TOP 13.1 auf.

Beide antragstellenden Fraktionen erklären, dass der Antrag in die nächste Sitzungsrunde geschoben wird, um den betroffenen Spielapparat-Anbietern Zeit für die Einreichung von Unterlagen zu geben.

---

**Zu 13.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen:  
Spielapparatesteuer  
DS/351/25**

Herr Sulzmann ruft diesen Tagesordnungspunkt gemeinsam mit TOP 13 auf.

Beide antragstellenden Fraktionen erklären, dass der Antrag in die nächste Sitzungsrunde geschoben wird, um den betroffenen Spielapparate-Anbietern Zeit für die Einreichung von Unterlagen zu geben.

---

**Zu 14. Antrag der FDP-Fraktion: Regelmäßiger Bericht zur  
Haushaltskonsolidierung und zum Controlling  
DS/319/25**

Für die antragstellende Fraktion zieht Herr Kruger den Antrag zurück.

---

**Zu 15. Antrag der FDP-Fraktion: Notbremse bei der Kreisumlage  
DS/320/25**

Dieser TOP wird auf die die nächste Sitzungsrunde geschoben.

Die Sitzung wird um 21:40 Uhr geschlossen.

**Vorsitz:**

Sven Sulzmann  
Stadtverordnetenvorsteher

**Schriftführung:**

Miriam Brockmann